



Neue Zuwanderungspolitik: Unternehmen rechnen mit Investitionsrückgang

In einer Umfrage bei den Mitgliedern von economiesuisse wird deutlich: Von der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative hängen sowohl die Beschäftigungsentwicklung als auch Investitionsentscheide in der Schweiz ab. Rund 60 Prozent der Firmen geben an, an einer Eventualplanung zu arbeiten. Wird bezüglich der geltenden Personenfreizügigkeit keine Einigung mit der EU erreicht, kann das starke Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Schweiz haben.

In Zusammenarbeit mit der Credit Suisse und der UBS hat economiesuisse im Rahmen der Vernehmlassung zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative eine Umfrage bei den Mitgliedern durchgeführt. Die Antworten der Unternehmen und Verbände decken rund 7000 Firmen und mehr als 120'000 Arbeitsplätze ab. Die generelle Beurteilung der bilateralen Verträge aus Sicht der Unternehmen fiel sehr positiv aus. Rund 90 Prozent der antwortenden Unternehmen bewerten mindestens eines der sieben Bilateralen Abkommen als für ihr Unternehmen positiv. Am höchsten positiv eingestuft wird mit fast 80 Prozent nach wie vor das Personenfreizügigkeitsabkommen. Entsprechend heikel ist demnach die aktuelle Situation nach dem 9. Februar 2014, geht es doch um Verlust oder Erhalt exakt dieses Abkommens. Wenig erstaunlich ist daher, dass rund 60 Prozent der Umfrageteilnehmer seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative an einer Eventualplanung arbeiten. Gleichzeitig ist erfreulich, dass momentan noch keines der befragten Unternehmen einen Wegzug vorsieht und das Vertrauen intakt ist, dass die Politik eine Lösung findet.

Lange Wartezeiten besonders schädlich

Trotzdem geht aus der Umfrage klar hervor, dass die Unternehmen bei einem starren Umsetzungssystem des neuen Zuwanderungsartikels stark negative Auswirkungen erwarten. So geht rund ein Viertel der Befragten davon aus, dass die Beschäftigung durch die erwartete Umsetzung zurückgehen wird. Die Hälfte der antwortenden Unternehmen und Verbände geht zudem von einem Einbruch der Investitionen um bis zu 15 Prozent aus, ein Drittel rechnet sogar mit mehr als 15 Prozent. Entsprechend pessimistisch wird die Gesamtsicht auf den Standort Schweiz beurteilt. Jeder Fünfte der Antwortenden ist der Meinung, dass die Schweiz als Standort längerfristig stark infrage gestellt wird.

Für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative hoffen die befragten Unternehmen auf eine unbürokratische und wirtschaftsverträgliche Lösung. Am meisten fürchten sie lange Wartefristen bei der Rekrutierung. Dauert eine solche länger als drei Monate, erwarten über 70 Prozent der antwortenden Unternehmen einen Rückgang der Beschäftigung. Kann keine adäquate Person für eine offene Stelle innerhalb eines Jahres rekrutiert werden, erwarten rund 38 Prozent der antwortenden Unternehmen einen Rückgang der Beschäftigung um mehr als 15 Prozent. Für die Unternehmen, den Wohlstand und die Menschen in der Schweiz werden die nächsten Monate und die europapolitischen Entscheide zukunftsweisend sein. Für Experimente ist auf keinen Fall Platz. *economiesuisse* setzt sich deshalb für eine pragmatische Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ein, Erhalt und Weiterentwicklung des bilateralen Wegs stehen dabei im Vordergrund.